



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/190 - 19.8.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 038 890

Unterrichtung oder mehr ?

sp - Inoffiziell ist mitgeteilt worden, der Bundeskanzler werde die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen "Anfang September über das Programm seiner Moskau-Reise unterrichten."

Die Frage ist, wie weit die Unterrichtung eine Konsultation mit der Möglichkeit einschliesst, Korrekturen an dem Programm vorzunehmen, von dem es bisher hiess, es liege bereits fest. Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Note an Moskau mitgeteilt, sie wünsche, dass neben dem selbstverständlich zu behandelnden Schicksal der Kriegsgefangenen auch die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung gesetzt werde, während die Sowjets ja nur die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik als Verhandlungsgegenstand genannt hatten. Vorausgesetzt, dass die Sowjets auf den Vorschlag der Bundesregierung eingehen, wäre es wichtig, zu wissen, mit welchen konkreten deutschen Vorschlägen die Frage der Einheit Deutschlands ins Gespräch gebracht werden soll.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass der Brief des amerikanischen Außenministers an den Bundeskanzler, den Botschafter Krekeler mit nach Westdeutschland gebracht hat, sich nicht nur auf die bevorstehende Moskareise, sondern auch auf die bevorstehende Außenministerkonferenz in Genf Ende Oktober beziehen soll. Das ist kaum anders als im Sinne eines Hinweises von Dulles darauf zu verstehen, dass nach den Richtlinien der Regierungschefs an ihre Außenminister vom Juli europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung der Genfer Konferenz Ende Oktober vorbehalten bleiben sollen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn der Informationsdienst der CDU am Donnerstag die Möglichkeiten des Moskauer Besuches Adenauers im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung extrem pessimistisch beurteilt.

Am gleichen Tage erklärte andererseits Bundestagspräsident Gerstenmaier, wenn es nur um die Aufnahme diplomatischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen ginge, dann würde es dieses Besuchs nicht bedürfen. Er werde aber gerne zugeben, weil es um Frieden und Wiedervereinigung gehe. Man wird sich diese Teststellung für die Zeit nach der Rückkehr des Kanzlers aus Moskau merken müssen, wenn die Ergebnisse seiner Reise zur Diskussion stehen.

* * *

- 2 -

19.8.1955

Zapfenstreich für Hammer und Sichel

Die Sowjets kamen mit goldenen Federn - Letzter Ausverkauf -
Kommunistische Götzendämmerung

G.B., Wien

Zehn Jahre symbolisierten die Hoheitszeichen der sowjetischen Militärmacht, Hammer und Sichel, die fremde Gewalt, die österreichische Unfreiheit. Zehn Jahre wirkten rund 60 000 österreichische Arbeiter und Angestellte, unentrinnbar in eine Mammutmaschinerie verstrickt, unter der zentralen Kommandogewalt sowjetischer Generaldirektoren. Zehn Jahre warteten sie auf die Stunde, in der die USIA-Betriebe, die "Kleinststaaten unter dem Sowjetstern" liquidiert und der Hoheit der österreichischen Regierung unterstellt würden. Diese Stunde ist nunmehr gekommen. Die USIA- "Gesellschaft für Verwaltung russischer Sowjetbetriebe in Österreich" - löste sich auf und weit über 300 Betriebe und 95 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden der österreichischen Regierung übergeben. Die Russen kamen mit nagelneuen goldenen Füllfedern, um mit einer letzten Unterschrift das Ende ihres diktatorischen Systems zu dokumentieren.

Bereits einige Tage vorher hatten 200 USIA-Kleinverkaufsläden nach einem beispiellosen Ausverkauf geschlossen. Sie hatten sofort nach Unterzeichnung des Staatsvertrages mit gewaltigen Preissenkungen ihre Waren auf den Markt geworfen. Noch einmal sicgte die Schmutzkonzurrenz über den ehrlichen Kaufmann. Allein jede der 100 Wiener Filialen setzte von 15. Mai 1955 bis zum endgültigen Ladenschluß Waren im Werte von über 40 000.-DM um. In Fachkreisen schätzt man den Gesamtumsatz des Ausverkaufs auf etwa 500 Millionen DM. Die USIA-Geschäfte hatten es schon immer leichter als ihre einheimische Konkurrenz. Sie konnten stets wesentlich billiger verkaufen, da sie nichts versteuerten oder verzollten. Der Großteil der Waren wurde als sowjetisches Heeresgut für den Gebrauch der sowjetischen Truppen aus den Ostblockstaaten nach Österreich verbracht, in Wirklichkeit jedoch in den USIA-Läden abgesetzt. Man bekam alles: billige Zigaretten aus Bulgarien, ungarischer Wein und Schnaps, tschechische Motorräder und Möbel

aus Polen. Dieser Wirtschaftsorganismus, ein Staat im Staate, schädigte Österreich um viele Milliarden Schillinge. Wenn in früheren Jahren durch die niedrigen Preise kleine Beamte, Angestellte und Arbeiterfrauen verleitet wurden, sich in diesen sowjetischen Läden zu versorgen, lockte der letzte Ausverkauf auch gutsituierte Bürger an. Sie verladen ganze Stoffballen, Teppiche und Kisten mit Konserven in ihre Luxuswagen. Der Patriotismus wurde von der Raffgier eindeutig KO. geschlagen. Nunmehr, nach der Übergabe, bestellte die österreichische Regierung für die aufgegebenen Betriebe 300 öffentliche Verwalter.

Dann tauchte eine andere Sorge auf: die Ablöselieferungen an die Sowjetunion müssen bereits am 1. September anlaufen. Die "Österreichische G.m.b.H.", die zur Beschaffung der erforderlichen Waren und ihrer Lieferung an die UdSSR über Auftrag der Regierung gegründet wurde, steht daher unter Zeitdruck. Laut Staatsvertrag muß Österreich sechs Jahre hindurch Waren im Gesamtbetrag von 150 Millionen Dollar liefern.

Die Sowjets wollen in erster Linie Erdöl und zwar 200 000 Tonnen (dazu kommen noch 1 Million Tonnen als Ablöse für die Ölfelder). Außerdem wünschen sie Stahlbleche, gewaltes Kupfer, Kabel, Walzwerkeinrichtungen, chemische Apparate, papiererzeugende und holzverarbeitende Einrichtungen, Spezialkraftwagen, Schuhe, Kunstseidengarne und Gewebe. Für verspätete Sendungen droht eine erhebliche Strafe, bis zum Höchstausmass von 10 % des Wertes der nicht pünktlich angelieferten Waren.

Mit dem Ende der USIA kam die schwerste Niederlage des österreichischen Kommunismus. Denn wann immer das Zentralkomitee der kommunistischen Partei zum Angriff blies, rollten aus den USIA-Betrieben auf sowjetischen Militärfahrzeugen die Stoßtrupps der KP zum Sturm. Wann immer es irgendwo Krawall oder Demonstrationen gab: an der Spitze marschierten schwer bewaffnete Werkschutzzler. Wann immer es galt, Friedensresolutionen oder Protestaufrufe zu unterzeichnen: die Unterschriften lieferten die USIA-Betriebe. Freilich gab es im Erdölgebiet unter den Arbeitern vielleicht nur 20 % überzeugte Kommunisten, 40 % tarnten sich aus materiellen Gründen hinter Sichel und Hammer, der Rest bekannte sich offen als Nicht-Kommunisten. Alle Versuche der Kommunisten, noch rasch etliche zuverlässige Parteigänger in Schlüsselpositionen der jetzt zurückge-

gebenen Betriebe einzuschmuggeln, scheiterten an der Wachsamkeit der Arbeiter.

Das Ende der USEA bringt der Kommunistischen Partei viel Kummer. Einmal verlieren ihre Stoßtruppe die Schlagkraft, da die finanzielle Stütze schwindet. Die Zuwendungen seitens der Sowjets wurden übrigens schon seit längerem immer geringer, weil sich Moskau von der Erfolglosigkeit der KPÖ überzeugen mußte. Zum anderen hat die Angestelltenschaft eine Austrittswelle erfasst, wie nie zuvor. In Massen werden die Mitgliedsbücher von all jenen zurückgeschickt, die unter dem Druck der Besetzung in Laufe der vergangenen 10 Jahre für Hammer und Sichel optierten. Alle Bemühungen der Kommunisten, die Flüchtenden durch Flugblattaktionen und persönliche Beeinflussungen bei der Stange zu halten, erwiesen sich als ergebnislos.

* * *

Saarkampf, an Ort und Stelle betrachtet

Von unserem Sonderberichterstatter -dt, Saarbrücken

An der Saalwand ein weiss-rotes (kein schwarz-weiss-rotes) Spruchband mit der Inschrift "Christlich-Sozial-Deutsch", gegenüber ein stilisierter schwarzer FDP-Adler, Marschmusik von Schallplatten, ein Redner, der das Saarstatut sachlich analysiert und sein "Nein" begründet, ein Publikum, das begeistert mitgeht und zum Abschluss wie selbstverständlich die erste Strophe des Deutschlandliedes und nicht ohne Rührung das Saarlied singt - das sind die Äußerlichkeiten einer Versammlung der Demokratischen Partei Saar. Einige Auslandsjournalisten haben an ähnlichen Veranstaltungen Anstoß genommen. Es hat in der Bundesrepublik, besonders in Niedersachsen, schon Dutzende von FDP-Wahlversammlungen gegeben, die "nationalistischer" aufgezogen waren als diese Kundgebung, ohne dass jemand davon Notiz genommen hätte.

Etwas mehr als zwei Monate noch haben die drei Oppositionsparteien an der Saar Zeit, "das politische Bewußtsein im Menschen umzuschichten", wie Kurt Conrad, Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Partei an der Saar (DSP) die Aufgabe nennt, das Saarstatut am 23. Oktober zu Fall zu bringen. Die Aufgabe der Oppositionsparteien ist dann

aber noch nicht beendet. Darum ist heute schon vorgesehen, dass die enge Zusammenarbeit der drei Oppositionsparteien (DSP, CDU und DFS) auch nach einem Abstimmungssieg im Landtagswahlkampf und dann im Landtag fortgesetzt wird.

Die Opposition und ihr einziger Gegenspieler

Nach der Zahl der neuen Mitglieder zu schliessen, die täglich zu Conrad stoßen, dürfte es bald keine SPS (regierungstreue Sozialdemokraten) mehr geben. Ihr Apparat zerbröckelt in einem Tempo, dass sie ein öffentliches Auftreten nicht mehr wagt. Ihre Parteitätigkeit beschränkt sich auf geschlossene Wohltätigkeitsveranstaltungen mit sinkenden Besucherzahlen. Conrads Versammlungen dagegen sind genau so überlaufen wie die Kundgebungen seiner zwei Mitstreiter. Die jetzt sich in den Gewerkschaften anbahnende Umkehr wird der SPS den Gnadenstoß geben.

Kurt Conrad hat es in der Arbeiterschaft wahrscheinlich leichter als Dr. Mey von der oppositionellen CDU. Ihr Gegenspieler, Hoffmanns CVP, verfügt über eine straffe Organisation und ein Teil der einflussreichen Priester predigt das Ja zum Statut. Es wird Conrad zweifellos gelingen, den größten Teil der Arbeiterschaft unter dem DSP-Banner zu sammeln; die katholisch orientierte Wählerschaft wird in CDU und CVP gespalten bleiben. Der Gedanke daran mag Dr. Mey, dessen Courage gegenüber Bonn nicht übersehen werden soll, etwas von dem Elan nehmen, den seine beiden Partner - jeder auf eine andere Art - im Abstimmungskampf äussern. Während Conrad und Schneider keine Spur einer Kompromissbereitschaft gegen Hoffmann zeigen, ist in Keys Sätzen manches enthalten, das wie eine halb ausgestreckte Hand aussehen könnte. Wieviel davon auf das Konto Bonn geht, ist schwer zu durchschauen.

Der "Dicke" (niemand an der Saar sagt mehr das versöhnlichere Joho wie noch vor einem Jahr) wehrt sich mit dem Mute der Verzweiflung; dass er dabei in der Wahl seiner Mittel nicht zurückhaltender wird, liegt auf der Hand. Er wurde selten rascher überführt als bei der ersten Großkundgebung, die er kürzlich in der "Wartburg" in Saarbrücken veranstaltete. 10.000 Anhänger seien versammelt, so liess er verkünden. Die im Saal waren, quittierten es mit Beifall. Als sie nach Schluß

der Kundgebung auf die Strasse kamen, sahen sie wohl Tausende versammelt aber es waren merkwürdige "Anhänger". Sie riefen im Chor den Wahlslogan der Opposition: "Johannes, pack den Koffer".

Hoffmanns Drohung für den Fall des Nein

Hoffmanns schwerstes Geschütz gegen die Nein-Sager ist die von Paris wohlwollend gestützte Behauptung, bei einer Ablehnung des Statuts würde alles beim alten bleiben, es wäre eine Illusion, neue Verhandlungen zu erwarten. So einfach freilich lässt sich der einmal wachgerufene Wille des Volkes nicht ignorieren. Es gibt ausserdem Anzeichen dafür, dass den Franzosen in den letzten Wochen ein Licht über die wahre Stärke ihrer Position an der Saar aufgegangen ist. Die Schwierigkeiten in Marokko kommen noch dazu. Es ist daher durchaus denkbar, dass Paris, sofern das Statut mit einer entsprechenden Mehrheit abgelehnt wird, sich zu einem neuen modus vivendi bereithalten wird. Die Neigung dazu wird umso größer sein, je größer die Mehrheit der Nein-Sager sein wird - nicht umgekehrt.

Der Abstimmungskampf ist von den Oppositionsparteien mit Vehemenz gestartet worden; es galt, auf Anhieb seit Jahren verlorenes, bzw. verbotenes Terrain wieder zu gewinnen. Dass man dabei Glatzehandschuhe anzog, konnte nicht erwartet werden. Dass die Menschen erbittert sind, ist nur eine Folge der jahrelangen Meinungsunterdrückung. Es ist, wie es Conrad nennt, "eine Grundströmung gegen das Regime vorhanden, die nicht mehr eingedämmt werden kann". Außerdem pflegen Kämpfe um Grenzen, Volkstum und Heimat immer leidenschaftlicher geführt zu werden, als normale Wahlkämpfe.

Die Kampagne deshalb als ein Wiederaufleben des Nationalismus, ja, als eine neo-nazistische Welle zu bezeichnen, verliert, an Ort und Stelle betrachtet, an Glaubwürdigkeit. Der DPS-Vorsitzende, Dr. Schneider, mag zu Anfang des Wahlkampfes temperamentvoller aufgetreten sein, als für die Sache dienlich war; heute ist an seinen Kundgebungen nichts auszusetzen. Vielleicht mögen die abgeklärteren Auffassungen Conrads und auch Dr. Neys auf ihn gewirkt haben.

* * *

- 7 -

Industrielle Ostinteressen

s. Die Aufforderung der Sowjets, unter anderem die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu normalisieren, hatte zunächst den Gedanken nahegelegt, auch Wirtschaftsminister Erhard nach Moskau mitzunehmen. Zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium haben jedoch von Anfang an verschiedene Auffassungen darüber bestanden, ob Erhard an der Reise beteiligt werden solle oder nicht. Der Ausschlag haben, wie man hört, die Bedenken des Bundeskanzlers gegeben. Handfeste Wirtschaftsabmachungen könnten sehr leicht als de facto-Anerkennung des Status quo ausgelegt werden. Deshalb müsse Erhard in Bonn zurückbleiben. Auch dürfe sich der Akzent der Moskauer Gespräche nicht allzuweit von dem gesamtdeutschen Anliegen entfernen.

Wirtschaftskreise haben ihre Forderung nach einer Beteiligung Erhards an der Reise jedoch trotz dieser Einwände noch nicht fallen gelassen. Die Freien Demokraten haben sich zum Sprecher dieser Kreise gemacht. In einem in FDP-Regie erscheinenden Pressedienst wird das Auswärtige Amt sogar angegriffen, weil es sich angeblich bemühe, die wirtschaftliche Bedeutung der Kanzlerreise nach Moskau herabzumindern. Äußerungen schweizer Handelskreise werden zitiert, nach denen die Sowjets eine Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf 800 Millionen DM jährlich gewünscht haben sollen, während sich die Handelsbeziehungen jetzt noch unter der Hundert-Millionen-Grenze bewegen.

Das Interesse der Industrie an einer Ausweitung des westdeutsch-sowjetischen Handels ist verständlich. Es kommt aber hinzu, dass in der westdeutschen Industrie auch offenbar noch keineswegs Klarheit darüber herrscht, in welchem Umfange wirklich aufgerüstet werden wird. Die Industriekreise schätzen den Betrag, der für die Erstausrüstung von 12 deutschen Divisionen nötig sein würde, auf 104 Mrd. Mark. Davon würden die Amerikaner höchstens 34 Mrd. durch Waffenlieferungen übernehmen. Man vermutet aber in diesen Kreisen, die nach Meinung der FDP "einen guten Draht zur NATO haben", dass über die westdeutsche Aufrüstung und ihr Tempo erst entschieden wird, wenn Adenauer aus Moskau zurück ist. Diese Industriekreise sind also trotz ihrer Kontakte zum NATO-Hauptquartier noch unsicher, ob das erwartete Rüstungsgeschäft, zum mindesten in dem erwarteten Ausmass, wirklich auf sie zukommt.

Unter diesen Umständen ist ihr Bestreben, aus der Moskau-Reise auch wirtschaftlich das meistmögliche herauszuholen, noch leichter zu begreifen. Wenn Adenauers Verhandlungen wirklich dazu führen sollten, die Aufrüstung zu bremsen, soll Erhard wenigstens versuchen, den "Ausfall" durch den Osthandel wettzumachen.

Die FDP hat sich weitgehend zur Sprecherin dieser Wünsche der Industrie gemacht. Mit einer Ausnahme: Vizekanzler Blücher hat am Donnerstag gewarnt, vom Ost-Geschäft zu viel zu erwarten. Die Handelsstruktur der Sowjetunion und ihrer Satelliten habe sich gegen früher fast ins Gegenteil verkehrt. Früher hätten diese Länder Getreideüberschuss gehabt, heute müßten sie Getreide einführen. Der Vorsitzende des Wirtschaftskabinetts der Bundesregierung könnte sich damit gegen Erhard und auf die Seite des Bundeskanzlers stellen wollen. Blüchers Hinweis entspricht den Wünschen jener anderen einflussreichen Gruppe seiner Parteifreunde aber sicherlich nicht.

Verantwortlich: Peter Raunau